

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Montag den 1. Oktober 1923

Bestellpreis: 400 A. Familienanz. 300 A. Diele Grundz. sind n. d. Schlüsselzahl 50 000 zu versehen. Bei gerichtl. Verwertung und Kontakten ist der Rabat bittend.

Verbreitung: 1. Auflage 1000 St.

Telegraphen-Adresse: **Gesellschafter Nagold.**

Postfach: **Stuttgart 6113.**

Preis: 1.00 A. 18 Millionen sind. Trägerzahl, Einzelnumm. 4 3 Mill. Grundpreis f. Anzeigen: Die einpaltige Zeile aus dem Raam 45 A. Diele Grundz. sind n. d. Schlüsselzahl 50 000 zu versehen. Bei gerichtl. Verwertung und Kontakten ist der Rabat bittend.

Nr. 229

97. Jahrgang

Zwei Ausnahmezustände

Berlin und München

Ein in Berlin lebender bayerischer Jurist schreibt uns: Deutschland steht wieder einmal unter Belagerungsrecht. Darunter leidet auch die Presse und jeder, der mit ihr zu tun hat. Man darf nicht alles sagen, was man meint, nicht einmal alles, was man weiß. Gleichwohl ist eine sachliche Betrachtung erlaubt, die feststellt, was bis jetzt geschah ist und was die nächste Sekunde dieser schweren Zeit bringen wird. Über Nacht (im buchstäblichen Sinn) sind zwei Ausnahmezustände geschaffen worden, ein bayerischer und einer des Reichs. Wie greifen die beiden Notverordnungen ineinander? Vergleicht man den Wortlaut, so könnte man auf den Gedanken kommen, daß die Münchner Erklärung das Ausführungsgesetz der Berliner Maßnahmen darstelle, nur eben in bayerischer Lesart. Aber dies ist nicht der Fall. Vielmehr ist die Reichsregierung von der Erneuerung des Herrn v. Kahr zum bayerischen Generalstaatskommissar und von dem Erlaß der bayerischen Notverordnung übertaselt worden. Das Kabinett Stresemann mußte, um Mitternacht zu einer Sitzung zusammenzutreten und eine Verordnung erlassen, die zwar in ihren Grundgedanken dem bayerischen Entschluß entspricht, aber doch nicht ganz geplatzt. In hochster Eile, die es auch in dieser trübseligen innerpolitischen Lage noch gibt, beschloß die Reichsregierung, daß ihr ihrem Erlaß einen Gegenstoß gegen Bayern gefühlt. Das ist wiederum nicht der Fall. Trotzdem geht die Gleichung Berlin-München nicht ganz auf. Es sind schwer lösbare Unterschiede vorhanden. Worin liegen sie?

Der bayerische Generalstaatskommissar ist unumschränkter Diktator. Er ist befugt, nach Paragraph 17 des Wehrgesetzes die Hilfe der Wehrmacht anzurufen. Die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars, so heißt es weiter in dem Erlaß des bayerischen Staatskommissars, gehen denen aller anderen Behörden „mit Ausnahme der obengenannten“ vor. Die „obengenannten“ Behörden sind: Gerichte, Verwaltungsgaranten und Militärbehörden. Das heißt nun für uns, als unterständlichen Militärbehörden, also die bayerische Reichswehr, dem Generalstaatskommissar nicht. Da dieser aber unumschränkter Diktator ist und die Hilfe der Wehrmacht anfordern kann, verfährt er tatsächlich auch über die Reichswehr. Wie ist aber das Verhältnis zwischen Zivil- und Militärbehörden nach der Berliner Verordnung gestaltet? Paragraph 2 dieser Verordnung bestimmt, daß die vollziehende Gewalt auf der Reichswehr ruht. Dieser Übergang, der sie auf Militärbehörden übertragen kann. Also Reichswehrminister Dr. Geyer kann die vollziehende Gewalt auf den Münchner Militärbefehlshaber General von Lossow übertragen. Er kann es! Aber der bayerische Protest würde nicht ausbleiben. Der Reichswehrminister kann aber noch mehr, nämlich im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern Polizeiregierungsbeamiet ernennen.

Ran stelle sich vor, welcher Zusammenstoß entstehen könnte, wenn es dem Demokraten Geyer einfiel, im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Reichsinnenminister Sellmann in Bayern Unterdiktatoren zu ernennen. Aber es fällt ihm natürlich nicht ein, und so bedenklich auch die organisatorischen Unterschiede zwischen dem Berliner und Münchner Ausnahmegesetz erscheinen, es gibt eine vernünftige und ausgleichende Lösung, nämlich wenn der bayerische Diktator von Kahr dem Militärbefehlshaber von Lossow in München als Zivilkommissar zur Seite tritt. Dann ist er Regierungskommissar nach Reichrecht und Staatskommissar nach bayerischem Willen. Der Reichstag, dem die Berliner Ausnahmeverordnung zur Annahme unterbreitet werden soll und in dem doch die bayerischen Abgeordneten ihren Einfluß geltend machen werden, kann diese goldene Brücke bauen und so die Räder füllen, die zwischen den norddeutschen und den bayerischen Diktatorparagraphen klast.

Die Währungsbank

Das Reichskabinett hat den ersten, verfehlten Entwurf der Währungsbank einer gründlichen Überlegung unterzogen. Die Befürchtung, die die Einwirkung der Wirtschaft auf die neue Notenbank zu beschränken. Während nach dem ersten Entwurf die Regierung nur das Recht hatte, einen vorläufigen Präsidenten zu ernennen, soll sie nach dem neuen Plan zur Befolgung aller maßgebenden Stellen berufen werden. Es soll ein Verwaltungsrat eingesetzt werden, in dem nicht nur die Wirtschaftsprüfung, sondern auch die Gewerkschaften vertreten sind, abgesehen davon, daß die Verwaltungsrat schlägt den Präsidenten vor. Dieser Verwaltungsrat schlägt den Präsidenten vor. Die Regierung kann den Vorschlag annehmen oder bestreiten. Die Aufnahme der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsrat gibt der Bankverwaltung einen vorwiegend politischen Charakter. Um eine größere Sicherheit der neuen Noten zu erzielen, ist die Höhe der Notenausgabe von 23 auf 1,2 herabgesetzt und die hypothekarische Belastung von 3 auf 4 Prozent erhöht worden. Die Beteiligung soll nicht mehr nach dem

Wehrbeitrag, der die Reichsregierung nicht zahlen kann, sondern nach der Zwangsanleihe vorgenommen werden. Die Verzinsung wird von 6% auf 6 Prozent reduziert. Dagegen wird die Zahlungsfrist der Währungsbank bedeutend ermäßigt. Der alte Entwurf sah nur bankmäßige Geschäfte mit dem Reich vor. Der jetzige Entwurf gestattet aber auch Geschäfte mit der Reichsbank in der Form, daß die Währungsbank Goldwechsel disponieren darf. Die eigentliche Kreditgewährung bleibt nach der alten Vorlage ausschließlich der Reichsbank überlassen, die sie nur gegen kurzfristige Warenwechsel vornehmen durfte. Der Geschäftsbereich der Währungsbank ist in dem abgeänderten Entwurf genau umschrieben. Der wirtschaftspolitische Einfluß der Reichsbank, die im Gegensatz zur Währungsbank vom Reich beauftragt wird, bleibt jedoch u. a. bestehen.

Washingtoner Unentschiedenheit

Seit dem Tod des Präsidenten Harding sind jetzt sieben Wochen ins Land gegangen, aber von den Absichten und Plänen seines Nachfolgers weiß man noch nicht viel mehr, als an dem Tag, wo er als Präsident der Republik vereidigt wurde. Wenn es sich bestätigt, daß der neue Präsident sich mit der Absicht trägt, im nächsten Jahr sich um die republikanische Präsidentschaftskandidatur zu bewerben, dann wird, wie der „Kön. Ztg.“ aus Amerika geschrieben wird, dadurch seine äußere und innere Politik mehr beeinflusst werden als durch Erwägungen anderer Art, und dann ist es gar nicht unwahrscheinlich, daß er in der auswärtigen Politik Wege einschlägt, die von den Wegen seines Vorgängers erheblich abweichen.

Immer weitere Kreise des amerikanischen Volks beginnen zu begreifen, daß es für die Vereinigten Staaten eine Unmöglichkeit ist, ohne schwere Schädigung ihrer eigenen Interessen die unständige Politik Hardings gegenüber den Völkern in Europa fortzusetzen. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß selbst solche Blätter, die bis vor kurzem immer noch Versuche machten, die französische Vernichtungspolitik zu verteidigen, anfangen, sich über Poincaré und seinen Großentwurf lustig zu machen.

Und die öffentliche Meinung wird wesentlich auch das Verhalten des neuen Präsidenten in Fragen der inneren sowohl wie der äußeren Politik feststellen, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß unter ihm das Tempo der auswärtigen Politik wesentlich lebhafter sein wird als unter seinem Vorgänger. In jedem Fall wird die Hughes-Gruppe, die es nun einmal nicht verschmerzen kann, daß der Senat seinerzeit den Versailles Vertrag und den Völkerbund ablehnte, mit Coolidge weniger leichtes Spiel haben als mit Harding. Der verstorbenen Präsident stand innerlich den Bedürfnissen des deutschen Volks, die Wilson hatte herbeiführen helfen, verächtlich gegenüber, als er sich den Unkenstein gab. Aber er hatte sich in eine Politik hineingelassen, die ihm immer mehr gerade die Kreise der Bevölkerung entfremdete, die 1920 am begeistertesten für ihn bestimmt hatten. Als er das merkte, fand er nicht den Mut, umzukehren. Für das, was er verloren hatte, suchte er Erlaß bei den französischen Elementen. So wurde er zum Gönner Frankreichs und zum passiven Verteidiger der völkerverwundenden Politik Poincarés. Der Hughes'sche Einspruch hatte das Spiel ergebnislos gewonnen, aber die republikanische Partei hatte es verloren. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie die Lage, aus der sie durch den Tod Hardings gerettet wurde, zum zweiten Mal wagen wird. Und es ist sehr unwahrscheinlich, daß Calvin Coolidge den Weg gehen wird, auf dem sein Vorgänger sich und seine Partei einer Niederlage entgegengeführt haben.

Deutscher Reichstag

Die Anträge betr. Aufhebung des Ausnahmezustands

Berlin, 29. Sept.

In der gestrigen Sitzung beantragte Abg. Neubaus-Düsseldorf, die politische Aussprache, die erst am Dienstag erfolgen soll, sofort zu eröffnen. Die unerhörte Behauptung des Zentrumsführers Marx, daß die Rheinlande von Preußen immer schlecht behandelt worden seien und daß sie nun ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen wollen, dürfe nicht länger unüberprüft bleiben, da sie im Rheinlande größte Verwirrung hervorzurufen, Abg. v. Guerard (Ztr.) erklärte, die Worte seines Parteifreunds Marx seien mißverstanden oder entzweit worden. Er (Guerard) lege ein Treuobedennis zum Reich und zu Preußen namens der rheinischen Vertreter ab. Der Antrag Neubaus wird abgelehnt.

Es folgt die Aussprache über die Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen Volkspartei je auf Aufhebung der neuesten Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 26. September. Die Anträge werden einerseits von Abg. Könen (Komm.), andererseits von Abg. Gräßl-Thüringen begründet. Letzterer führt aus, die Arbeit des gegenwärtigen Kabinetts sei nach außen die völlige Kapitulation, nach innen der Belagerungsstand für das ganze Reich. Zu einer solchen Regierung könne man kein Vertrauen haben. Die Veranlassung des Deutschen Reiches liegt geradezu nach einem Diktator. Auf Bayern blickt die Deutschnationale Volkspartei hoffend; Herr v. Kahr

an der Spitze des bayerischen Ausnahmezustands bedeute ein völkisches Programm. Anders liege es mit der Ausnahmeverordnung Eberts im Reich, die willkürlich ohne Reichstag erlassen worden sei. Die Rechte werde nicht ruhen, bis auch im Reich ohne Sozialdemokratie regiert werde wie in Bayern. Das deutsche Volk müsse seine Freiheit bis zum letzten Blutstropfen verteidigen, deshalb müsse man eine andere Regierung haben. Minister Sellmann erklärt, daß die Regierung zu den beiden Anträgen sich äußern werde. Darauf wird die Aussprache auf Dienstag verschoben. In dieser Sitzung wird der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung über die Einstellung des passiven Widerstands entgegennehmen.

Neue Nachrichten

Sozialisierungsvorschläge der Gewerkschaften

Berlin, 30. Sept. Von gewerkschaftlicher Seite sind dem Reichsfinanzminister Hüfner folgende Vorschläge vorgelegt worden: Das Reich soll an den Erträgen der Privatwirtschaft beteiligt werden und zwar in der Weise, daß a. B. Kartellgesellschaften usw. ihre Geschäftsanteile um ein Drittel erhöhen, das an das Reich abtreten sei. Alle Privatunternehmungen im Handel, Verkehr und Gewerbe mit über 100 Arbeitern oder einem Anlagekapital von mehr als einer Million Goldmark soll durch Reichsgesetz in Gesellschaftsform gebracht und gleichfalls mit der Drittelabgabe belastet werden. Die übrigen kleineren Betriebe solle eine Reichsgewerbesteuer von einem Viertel ihres Reinertrags treffen. Auf inländischen Grundbesitz soll eine ersichtliche Grundschuld von einem Viertel des dem abgabepflichtigen Eigentümer angegebenen Werts zugunsten des Reichs eingetragen werden. Weiterhin soll das Erbrecht dahin abgeändert werden, daß Verwandte des dritten und weiteren Grades überhaupt nicht mehr erbberechtigt sein sollen, für diejenigen ersten und zweiten Grades soll die Erbschaftssteuer auf einen Betrag von 100 000 Goldmark beschränkt werden; was darüber an Erbmasse vorhanden ist, soll dem Reich verfallen. Die Landwirtschaft soll wesentlich höher besteuert und der Steuerertrag gründlicher vorgenommen werden. Weiter wünschten die Gewerkschaften, daß die Betriebsräte zur Überwachung der Steuererhebung herangezogen werden. — Da Reichsfinanzminister Hüfner selbst der Sozialdemokratie angehört, wird man in den Vorschlägen sein eigenes Programm zu erblicken haben.

Die Löhne der Bergarbeiter

Berlin, 30. Sept. Für die Lohnwoche vom 24. Sept. bis 1. Okt. wurden im Reichsbergbauministerium vom Schlichtungsausschuß die Bergarbeiterlöhne (ohne die Freitöhlen usw.) auf den Arbeitstag festgesetzt im Ruhrgebiet auf 290, Sachsen 168, Oberschlesien 180, Mitteldeutschland 157,3 Millionen Mark.

Nach Cayenne verschleppt

Erfeld, 30. Sept. Nach bei der „Bergholz-Märkischen Zeitung“ eingegangenen Nachrichten sind die im Schlagerprojekt zu langjährigem Freiheitsstrafe „erurteilten“ Angehörigen der Organisation „Heinz“ Sadowski, Zimmermann, Beder, Pullmann, Bipping und Berner in Cayenne eingetroffen.

Generastreik im Ruhrgebiet

Gelsenkirchen, 30. Sept. Die Kommunisten haben als Antwort auf die Einstellung des passiven Widerstandes zu einem 24stündigen Proteststreik gegen die Regierung Stresemann-Hüfner und die Arbeiter- und Bauernregierung aufgerufen. Im Gelsenkirchener Bezirk schloß sich etwa ein Drittel an, die Arbeitswilligen wurden mit Gewalt aus den Gruben herausgeholt. Die Franzosen waren in Alarmbereitschaft, brachten aber nicht einzugreifen.

In Bochum wurde beim Generastreik eine Versammlung unter freiem Himmel, bei der aufreizende Reden gehalten wurden, von der Polizei auseinandergetrieben.

Ruhe in Bayern

München, 30. Sept. In Bayern ist bisher die Ruhe von keiner Seite gefährdet worden. Der Generalstaatskommissar von Kahr hat eine beträchtliche Sammlung erreicht. Hinzu ihm stehen geschloßen die bayerische Reichswehr, die Bundespolizei, die Vereinigten vaterländischen Verbände (frühere Einwohnerwehr, Bayern und Reich) und die Beamenschaft von Verkehr und Verwaltung. In Opposition stehen außer den Linksparteien die Nationalsozialisten und der Kampfbund (die den Nationalsozialisten jetzt angeschloßenen Verbände „Oberland“ und „Reichslage“), die darüber erregt sind, daß Kahr die am letzten Mittwoch geplanten 14 Massensammlungen der Nationalsozialisten verboten hat. Vor dem „Bölkischen Beobachter“ kam es zu einer Kundgebung für Hitler, der vom Feinsten aus eine beruhigende Ansprache hielt. Die Menge ging dann ruhig auseinander. Man glaubt, daß zwischen v. Kahr und Hitler eine Verständigung zu erzielen ist.

Die „Bayerische Staatszeitung“ erklärt, es sei unerfährig, von einer Diktatur in Bayern zu sprechen. Von einem Ge-



gensch zwischen Bayerischer Regierung und Reichsregierung keine Rede sein. Die Bayerische Regierung habe von ihrem Entschluß Berlin sofort Kenntnis gegeben. Die Vollmacht sei Herrn von Kahr übertragen worden, weil man von einem Einfluß auf die rechtslebenden Kreise in Bayern das Beste für die Erhaltung der Ruhe erwartete. Darin habe man sich nicht getäuelt. In Berlin werde man hoffentlich einsehen, wie unredlich man bisher Kahr getan habe, daß man ihn auch nur des Gedankens für fähig hielt, Bayern vom Reich loszutrennen.

Waffenkunde

Bei einer Durchsichtung des Hauses der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wurden Maschinengewehre, Munition und Handgranaten gefunden und beschlagnahmt. Der Reichswehrminister hat nach der Sozialdem. Korresp. das nationalsozialistische Hauptblatt „Völkischer Beobachter“ im ganzen Reich außerhalb Bayerns verboten.

Der Ausnahmezustand im besetzten Gebiet verboten

Düsseldorf, 30. Sept. General Degoutie hat den deutschen Behörden die Ausführung der Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten ohne besondere Erlaubnis in jedem Fall verboten.

Aufhebung von Sperremaßnahmen

Berlin, 30. Sept. Nachdem die Reichsregierung den Abwehrkampf an Rhein und Ruhr abgebrochen hat, haben der Reichspost- und der Reichsverkehrsminister die von ihnen erlassenen Anordnungen, soweit sie den Abwehrkampf betreffen, aufgehoben.

Der Reichsminister für Wiederaufbau hat am 28. Sept. 1923 die Bekanntmachung vom 23. Jan. 1923 über Einstellung der Reparationsleistungen im freien Verkehr an Frankreich und Belgien aufgehoben.

Die Arealen kommen zum Vorschein

Paris, 30. Sept. Die Blätter schreiben fast übereinstimmend, was die deutsche Reichsregierung bisher zur Einstellung des passiven Widerstands getan habe, nämlich die Aufhebung aller feierlichen Anordnungen und Wiederaufnahme der Arbeit, sei nur halbe Arbeit und genüge noch lange nicht. So vermisse man den Befehl an die Beamten, die von den Franzosen zusammenzuarbeiten, und die Befehle zur Wiederaufnahme der Sachleistungen, der Schadensersatzleistungen usw. Man habe es wohl mit einer schlauen Berechnung zu tun, damit Deutschland ohne große Gefahr keine feindliche Haltung zum Vertrag von Versailles fortsetzen könne. Aber darin werde Deutschland sich täuschen; Frankreich habe erstere Widerstände bezwungen als diesen. Es sei ganz überflüssig gewesen, daß man in Deutschland schon wieder einen neuen Reichskommissar für die Wiederaufnahme der Arbeit ernannt. Für jede Kleinigkeit brauche man in Deutschland einen Reichskommissar mit einem Gefolge von Beamten. Den von der Rheinlandkommission im Mai d. J. aufgegebenen Reichskommissar für die Rheinlandkommission werde sich Deutschland sparen müssen.

Der „Neuwest Herold“ will wissen, die Reichsminister der verbündeten Mächte werden am Montag der Reichsregierung eine bestimmte Frist stellen, den Abbruch des passiven Widerstands in einer Frankreich befriedigenden Weise zu vollziehen.

Wie vorauszu sehen war, genügt die Einstellung des passiven Widerstands den Franzosen nicht. Sie haben immer neue Wünsche, neue Forderungen — und neue Gründe zu Strafen und Sanktionen.

England beginnt mit der Prüfung

London, 29. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt: Die Finanz- und anderen Sachverständigen Großbritanniens prüfen die geeigneten Mittel für 1. eine neue Einschätzung der deutschen Hilfsquellen in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag unter amerikanischer und verbündeter Mitwirkung, 2. eine baldige Stilligmachung wenigstens eines Teils der Entschädigungen auf dem Londoner Markt und den internationalen Geldmärkten, 3. eine Gewährleistung finanzieller Pfandrechte und Sicherheiten durch Deutschland, welche die Befriedigung des direkten Beitrags örtlicher Pfänder durch die Verbündeten während eines längeren Zeitraums unmäßig machen würden.

Englische Vorschläge?

London, 30. Sept. Der „Manchester Guardian“ weist zu berichten, die englische Regierung glaube Poincarés Zustimmung zu folgenden Vorschlägen gewinnen zu können: 1. Alles deutsche Land, das über den Vertrag von Versailles hinaus besetzt sei, soll geräumt werden, sobald von Deutschland gewisse wirtschaftliche und andere Sicherheiten gegeben und wirksam geworden seien. Diese Sicherheiten sollen von den Verbündeten festgelegt werden, nachdem das Gutachten einer internationalen Kommission, in der Amerika vertreten ist, eingeholt ist. 2. Sofort sollen Schritte zur Wiederherstellung der Justizverwaltung im Ruhrgebiet unternommen werden durch Zurückziehung der Truppen. England sei bereit, die Verhandlungen anzubahnen. — Dagegen verweigert, daß Frankreich darauf beharre, daß die weitere Behandlung der Entschädigungsfrage der Entschädigungskommission zustehen soll.

Französische Fischdampfer beschlagnahmt

London, 30. Sept. Ein englisches Fischerei-Polizeischiff hat drei französische Fischereidampfer aus Boulogne ausgebrocht und nach Brigam geführt, die in englischen Gewässern gefischt haben sollen.

Moskaja in Paris

Paris, 30. Sept. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk wird am 18. und 17. Oktober zu amtlichem Besuch in Paris weilen.

Etwas vom Völkerverbund

Genf, 29. Sept. Die Völkerverbandsversammlung sah in ihrer gestrigen Sitzung eine Entschließung zu Gunsten großer

Verkehrsvereinigungen für Fließbandvereine, sowie für die Befähigung des Schiffsverkehrs und genehmigte nach längerem Debattieren den im 4. Ausschuss aufgestellten Haushaltsplan. Der ursprüngliche auf 24 870 570 Goldfranken festgesetzte Haushaltsantrag wurde auf 23 328 690 herabgesetzt. Die von Ransjen geforderten 300 000 Franken für russische Flüchtlinge wurden auf 100 000 Goldfranken herabgesetzt.

Zahlen macht Freude

Washington, 30. Sept. Präsident Coolidge erklärte, die Art der Regelung der britischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten werden gute Folgen zeitigen. — Bekanntlich hat der sehlige Exminister Baldwin die Schuldenregelung mit Amerika in dem Sinn vorgenommen, daß Deutschland für die Zahlungen aufzukommen bzw. sie an England zu versehen hat.

Württemberg

Stuttgart, 30. Sept. Milchpreiserhöhung. Unter Berücksichtigung der bayerischen Preise wurde der Milchpreis für die Erzeuger des Versorgungsgebietes Groß-Stuttgart um 85 Prozent erhöht. Der Kleinverkaufspreis stellt sich daher ab 30. September einschließlich der städtischen Behandlungskosten ufm. auf 14,8 Millionen für das Bier, Magermilch 5,6 Millionen Mark.

Zeitungsjubiläum. „Die Süddeutsche Zeitung“ begeht am 1. Oktober ihr 10jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß wurde das Abendblatt vom 29. September als eine Festsnummer ausgegeben, die mit ihren 60 Seiten ein erstklassiges Erzeugnis journalistischer und druckgewerblicher Arbeit darstellt. Die Nummer enthält eine Reihe vorzüglicher Artikel des Redaktionsstabs, ferner gediegene Aufsätze hervorragender Politiker und Männer der Wissenschaft und des Wirtschaftslebens. Die Nummer ist im Offsetverfahren zum Teil in Farbendruck hergestellt und auch nach dieser Seite ein Beweisstück der hochstehenden Leistungsfähigkeit der Firma Chr. Beiler & Co., in deren Offizin die „Süddeutsche Zeitung“ gedruckt wird.

Die gefällige Miete für September. Nachdem das Goldzollausgleich für die Zeit vom 29. Sept. bis 2. Oktober auf 3 189 999 000 Prozent festgesetzt worden ist, belaufen sich die Zuschläge für Verwaltungs- und Instandhaltungskosten, die für den Anfang des Monats zusammen auf das 80 000fache der Grundmiete festgesetzt wurden, jetzt (bei nachträglicher Entziehung des September-Zinses am Monatsende) auf das 31,8fache des ursprünglichen Betrags, also auf das 2,544-millionenfache der Grundmiete. Für den Monat Oktober ist eine Neuregelung zu erwarten, bei der die gleiche Festsetzung des Zinses nach der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten erfolgt.

Redaktion, 30. Sept. Vom Strom gefötet. Der Student Müller aus Weiskirch, der am Redaktionsbau als Monteur Dienste tut, kam dem Stromnetz zu nahe und wurde sofort getötet.

Heidenheim, 29. Sept. Vom Rathaus. Die finanzielle Notlage der Stadtgemeinde nötigt zur Aufnahme eines Darlehens von 100 Millionen für die Zwecke der laufenden Verwaltung bei der Oberamtskassette hier, eines weiteren Darlehens von 100 Millionen beim W. Giroverband zur Beschaffung von Gasoföfen. Der Gemeinderat genehmigte die Ausgabe von 1000 Goldscheinen mit sechsmonatlicher Umlauffrist im Betrag von 200 Millionen. — Die Säuglingsmilkfläche soll zunächst aufrecht erhalten werden, die Milchzufuhr soll wöchentlich nur noch einmal stattfinden. — Am Mittwoch traten die Arbeiter der Firma J. W. Balth in den Ausstand, da sie mit der Regelung der verbleibenden Lohnzahlung nicht zufrieden waren. Schon am anderen Tag aber beschloss sie, die Arbeit wieder aufzunehmen und durch Verhandlungen eine Verständigung zu suchen.

Oberndorf, 29. Sept. Hamster. Große Erregung rief es hervor, als bekannt wurde, daß Schwemninger Händler in einem Gefäß Eier zum Preise von 7 Millionen Mark für das Stück zum Kauf anbieten. Die Händler, Pfistermeister Anton Spreng von Rotweil und Emil Käfer, Händler mit Tretwaren in Schwemningen, wurden lt. „Schwarze Boten“ zur Polizei gebracht. Eier und Gurken (etwa 3 Ztr. im Wert von 650 RM. Mk.) wurden beschlagnahmt.

Tübingen, 29. Sept. Ausstand. Seit Mittwoch befinden sich die Metallarbeiter wieder im Ausstand.

Maulbronn, 28. Sept. Müll. Weinbauverein. In der Hauptversammlung des Müll. Weinbauvereins erklärte Reimer-Stuttgart, es sei im allgemeinen kaum ein Drittel bis ein Viertelherbst zu erwarten. 75-90 Prozent der Weinbauern hätten im vorigen Jahr ihren Wein verkauft zu einem Preis, daß mit einem Viertelkronenpreis von heute (in der Wirtschaft) voriges Jahr 200 Cimer gekauft werden konnten. Wenn für die Zukunft etwas ergibt und gelieft werden soll, dann muß der Wein eingekauft werden. Dekonomie- und Währungs- und die Blüte der Weinrebe. Mit der nachmaligen Mähung, nur so viel Wein zu verkaufen, als unbedingt Geld zum Leben notwendig sei, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Laißingen, 28. Sept. Die Zigeunerplage. Zwei Zigeunerinnen drangen in ein hiesiges Haus ein. Während sich die eine von der gutherzigen Frau bescheiden ließ, stahl die andere Kleidungsstücke und einen Schmudgegenstand. Dann verschwanden beide.

Waldsee, 28. Sept. Gemeinnützig. Die Landwirte der Gemeinden Hainterkirch, Osterhofen, Hittelfofen und Hittisweiler haben ihre an den Landwirt Ludy in Steinach zum Wiederaufbau seines abgebrannten Hauses versprochene Frucht beinahe restlos abgeliefert, obwohl der Getreidepreis über die Zeit des Dreschens mit der Feuerung gewaltig in die Höhe ging.

Nürtingen, 28. Sept. Eifer. In einem Uhrenladen wurde eine Uhr im Wert von 100 Millionen Mk. gestohlen. Als Täterin wurde eine ledige Fabrikarbeiterin von Lischardi ermittelt. Sie hatte die Uhr schon im Haus verstaubt.

Hall, 29. Sept. In den Ruhestand. Landgerichtspräsident v. Hartmann ist seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt und Landgerichtsdirektor Jopp zum Landgerichtspräsidenten ernannt worden.

Stuttgart, 28. Sept. Meuterei. Der 20 Jahre alte Mechaniker Karl Behre aus Freiburg und der 22jährige

Bergmann Erich Engler aus Demlin (Westpr.), die sich wegen verschiedener Vergehen im Untersuchungsgefängnis in Aalen befanden, beschloßen am 27. Juli, den Gelangenenwärter niederzuschlagen und auszureißen. Sie überfielen den Beamten und brachten ihm schwere Kopfverletzungen bei. Den Zweck erreichten sie aber nicht, da der Gang verschlossen war. Die Verbrecher erhielten vom Schwurgericht Zusätzlichen von je 1 Jahr Zuchthaus.

Weinheim, 28. Sept. Die Wahl eines zweiten Bürgermeisters ist ergebnislos verlaufen, da keiner der vier Kandidaten die absolute Mehrheit auf sich vereinigen konnte.

Mannheim, 28. Sept. Der Hauptgeschäftsführer des „Landauer Anzeigers“, Alfons Clupka und der Hauptgeschäftsführer bei den Landau erscheinenden „Rheinpfälzer“, Dr. Rudolf Berner, wurden durch die Franzosen ausgewiesen. Der Grund ist nicht bekannt.

Karlsruhe, 30. Sept. Bei einer Besprechung über die Winterhilfe entwarf Geheimrat Seubert ein erschütterndes Bild von der Notlage der Kleinentner. Nach seinen Darlegungen bestehen die Kleinentner zu 85 bis 90 Prozent aus Frauen. Sie dulden Hunger und entbehren schwiegend. Auf die Straße gehen sie nicht. Sie haben um das Leben zu erhalten, in steigendem Maß von ihrem Eigentum verkauft. Das ist nun vollständig zu Ende. Im Juli hatte ein Kleinentner eine Zuzahlung von höchstens 300 000 M im Monat. Vom 1. August bis Mitte September hatte er etwa eine halbe Million täglich, jetzt 5 Millionen täglich.

Der Bürgerausschuß genehmigte den Antrag des Stadtrats betr. Aufnahme eines städtischen Darlehens von 15 Milliarden Mark. Die jährlichen Ausgaben der Stadt betragen nach dem gegenwärtigen Stand 350 Millionen. Was sind da 15 Milliarden? Ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Die Zahl der Arbeitslosen in Karlsruhe beträgt heute 3000, wovon 1840 in Unterstützung stehen. Ein Gewerkschafter bezieht zurzeit 21,5 Millionen im Tag.

Ein jähriges Mädchen starb infolge Unvorsichtigkeit vor 3. Stock in den Hof. Es fiel zunächst auf ein gespanntes Drahtseil und kam glücklicherweise mit einigen Verletzungen davon, die nicht lebensgefährlich zu sein scheinen.

Singen a. H., 30. Sept. Der Bürgerausschuß beschloß u. a. die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes, die Einführung des Wohnungsluxussteuers und die Übernahme der Beeridigungsstellen auf die Stadtkasse.

Tübingen, 30. Sept. Der Frau des Schweinehirten Hummel wurde durch den Zuchtscheiter, der mit seinem Hahn auf sie einwirkte, der Leib vollständig aufgerissen. Im Keller Krankenhaus ist die Unglückliche ihren Verletzungen erlegen.

Ein Aufruf an die Landwirte. Der Bad. Landwirtschaftliche Hauptverband veröffentlicht in seinem Wochenblatt folgenden Aufruf: „Lebensmittelmangel bedroht die Städte; Mangel an Nahrungsmitteln ist der Anlaß für Störungen der öffentlichen Ordnung, für Verdröhung der persönlichen Sicherheit und Gefährdung des Eigentums. Auch die Landwirte leiden unter solchen Erschütterungen. Darum Landwirte, schafft Lebensmittel in die Städte.“

Der badische Landesmilchpreis. Wie uns das südliche Nachrichtenamt Rannheim mitteilt, beträgt der badische Landesmilchpreis (Erzeugergrundpreis) ab Montag, 1. Oktober 1923, für den Alter Vollmilch ab Stall 8 Millionen Mark.

Aus Stadt und Bezirk.

Rapold, den 1. Oktober 1923.

Gemeinderatsitzung vom 27. Sept. Ergebnis des Stammholzverkaufs. Für 197 Hfm. sind 9 Angebote eingegangen, die sich zwischen 1600 und 5120 % der veranschlagten Forstlage bewegen. Durchschnittspreis 5084%, Käufer sind die Holzfabrik Schneps hier und die Holzhandlung Treiber in Gailenkirchen bei Schwab. Hall. — In der nächsten Woche werden aus dem hies. Vorrat wieder 4 Pfd. Weizmehl auf den Kopf der Reichsbrotverleger abgegeben. Um wieder Erfolg beschaffen zu können, müssen die Preise verhältnismäßig höher als früher gestellt werden. Das Pfd. soll 5 Millionen Mk., Klein- und Sozialrentner sowie arbeitlose Familienmitglieder zahlen 2 Mill. — Für den erkrankten Gewerkschaftslehrer Regel ist der Dipl.-Ing. Schüring als Stellvertreter bestellt worden. — Der Erzeugerpreis für Milch beträgt in der laufenden Woche 4,2 Millionen, und der Abgabepreis an der Sammelstelle 5,6 Millionen das Brl. In der nächsten Woche kommt ein Erzeugerpreis von 7,79 Millionen und ein Sammelstellenpreis von 10,4 Millionen in Betracht. Die Anlieferung hat ganz katastrophal nachgelassen, was gewiß nicht allein auf die Trockenheit und den Futtermangel zurückzuführen ist. Nachdem für die Milch mancherorts ebenfalls Goldmarkpreise bezahlt werden, kann auch die ungenügende Erzeugung nicht mehr eingewendet werden. Besondere Schuld scheint das Hamstern und Centrifugengewinnen zu haben, gegen das von der Regierung geeignete Maßnahmen ergriffen werden sollen. — Die Strompreise sind im September vom Elektr.-Werk auf 12 Mill. für die Licht- u. St. und 9 Mill. für die Kraft- u. St. gestiegen, das ist das 40 bzw. 35fache gegenüber dem Vormonat, eine Steigerung, die besonders schwer in diesem Monat vor allem von den Reichsbrotverlegern empfunden wird. Die Bemühungen, die Preise auszugleichen, waren ohne Erfolg mit der Begründung, daß die Kohlen- und die Dampferpreise bereits nach Goldmark zu bezahlen seien. Das Werk will die Goldmarkrechnung ebenfalls einführen und stellt bis Ende Oktober entsprechende Vorschläge in Aussicht. Auch der Vorkauf des mutmaßlichen Stroms für den kommenden Monat sei vorgezogen. Ueber all diese Fragen wird im Gemeinderat noch eingehend verhandelt werden, insbesondere auch über die Frage, ob der Einkauf nicht in kürzeren als monatlichen Zwischenräumen erfolgen kann. — Bei Baumateriallieferungsverträgen ergaben sich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung mit einzelnen Unternehmern Anstände, die im Wege des Vergleichs nach billigem Ermessen erledigt wurden. — Der Gipsantrieb soll beendet werden. — Die städt. Arbeiter und Handarbeiter wollen ihre Entlohnung künftig nach dem Tarif des Arbeitgeberverbandes wirrt. Städte, der neben dem Leistungsgeld Kinderzulagen und für später auch eine Altersversicherung

heilig Nidete sich, etwa 100 Kilometer davon entfernt, eine tiefe Einlenkung, der jetzige etwa 1500 Quadratkilometer große Witsu-Dunni-See. Durch die Erhebung des Bergriesen waren dem unteren Grund gewaltige Massen entzogen worden, das Ergebnis war die Senkung des Landes an anderer Stelle und die Entleerung des Sees. Ueber Japan schwebt daher fortwährend eine schwere Gefahr, denn ebenso wie der Berg emporsinkt, kann er auch einmal wieder versinken, was Folgen nach sich ziehen würde, an die man nur mit Grauen denken kann. An Seitenflüssen zu einem solchen Vorgang fehlt es nicht, wenn diese auch nicht an den Einsturz des höchsten Bergs Japans heranreichen dürften. Im Jahr 1772 versank der höchste Berg Japans, der Vulkan Paandayan, in einen Schlammsee, wobei er 40 Dörfer mit sämtlichen Bewohnern mit sich nahm. Ähnlich war der Ausbruch des dortigen Vulkans Gollung Gung, der unter Erdbeben und schrecklichem Getöse sich bedeutend senkte und an der Spitze umstürzte, wobei Ströme heißen, schwefeligen, mit Schlamm vermissten Wassers hervordrangen. Ebenso stürzte der Vulkan Takken oder Mont Wienne im Jahr 1817 ein; ebenfalls im Jahr 1898 der Vulkan Carquarzo in den Anden, wobei er 29 000 Hektar Landes mit Schlamm bedeckte.

Das Jodiakallicht. Jetzt ist die geeignetste Zeit, das Jodiakallicht oder Tierkreislicht zu beobachten, und zwar am Morgen kurz vor Sonnenaufgang. Dieser matte Schimmer, im Eindruck der Milchstraße vergleichbar, zeigt sich, ehe noch die Dämmerung erscheint, als ein im Ostpunkt aufsteigender gegen Süden geneigter Lichtkegel. Er ist nur bei reiner Luft sichtbar, eine geringe Spur von Nebel macht schon die Möglichkeit der Wahrnehmung fraglich. Auch dauert die Erscheinung nur kurze Zeit; die den frühen Morgen ankündigende Dämmerung löst ihn aus. Jedenfalls leben bei uns viele, die als geworden sind, ohne jemals das Jodiakallicht gesehen zu haben; in südlicheren Kreisen, z. B. in Ägypten, wird es öfters und klarer sichtbar, dort überstrahlt es manchmal sogar die hellsten Stellen der Milchstraße. Am Abendhimmel nach Sonnenuntergang ist das Jodiakallicht bei uns am besten im Februar zu sehen. Ueber die Natur der Erscheinung und ihrer Ursachen besteht eine ganze Literatur, doch herrscht darüber durchaus noch keine Übereinstimmung.

Die Villa Maska. Neuerdings taucht wieder das Gerücht auf, daß der frühere Reichsminister Fürst Bülow gendstlich ist, seine als Kunstfidele und geschichtlich berühmte Villa Maska in Rom zu verkaufen.

ist, seine als Kunstfidele und geschichtlich berühmte Villa Maska in Rom zu verkaufen.

Erdbeben. In Südpfeifen haben weitere Erdbeben schweren Schaden angerichtet. — Die Straßburger Bedenwarte hat neue Erderschütterungen festgestellt.

Eisenbahnunglück. Bei Boyet, Staat Ngoming (Ber. St.) stürzte ein Eisenbahnzug in einen wütenden Strom, der die Brücke eingegriffen hatte. 100 Personen sollen umgekommen sein.

Der Schrecken der britischen Badegäste. Die Besucher der englischen Bäderorte Eastbourne und Hastings an der Südküste Britanniens wurden kürzlich durch die Nachricht erschreckt, daß sich im Kanal ungeheure Kalfifischer Schwärme aufhalten. Es gelang einem Londoner Angler, ein solches Ungeheuer zu fangen, als er von der Seebrücke aus seinen Angelhaken ins Wasser warf. Es kostete viele Mühe, das Tier an das Land zu bringen. Aber als er schließlich auf dem Trocknen lag, klammerte er sich mit seinen Fangarmen an den Gitterstäben der Landungsbrücke fest. Als man es endlich befreit hatte, schlug es wild um sich, und es entspann sich, nach den Versicherungen englischer Biologen, ein regelrechter Kampf zwischen ihm und den dort überlebenden Anglern, der von den Beobachtern vom Strand aus mit Spannung und Grausen verfolgt wurde. Die Fangarme des Kalfifischers sind 18 Zoll lang, der „Fisch“ selbst mißt etwa 2 Fuß. Die englischen Biologen erklären, es handele sich hier erst um den kleinen Kalfifischer, der zuweilen bei warmem Wetter aus dem Süden seinen Weg in britische Gewässer nehme. Er sehe aber gefährlicher aus, als er sei.

Rahenlötlöcher. In Cham (bayerischer Wald) ist die Rahenlötlöcher ausgebrochen. Drei Kinder wurden gebissen und zur Schulbehandlung nach Berlin gebracht.

Handelsnachrichten

Der Wert einer Million Mark in Pfennigen am 27. Sept.: In Holland 3,0, Belgien 10,9, Norwegen 5,0, Dänemark 4,4, Schweden 3,0, Italien 12,5, London 3,1, Newyork 2,9, Paris 9,3, Schweiz 3,2, Spanien 4,1.

Kurs des Pfund Sterl. am 29. Sept. 900 Mill. holl. Gulden 65,11 Mill. Schweizer Franken 33,34 Mill. franz. Franken 11,76 Millionen Mark.

Nagold. 733

Bekanntmachung die Gemeindesteuern.

Zur Durchführung der neuen Gemeindesteuergesetze hat der Gemeinderat vorläufig für das Rechnungsjahr 1923 folgendes beschlossen:

1. An Staats- und Gemeindesteuer ist alsbald, soweit noch nicht geschieden, für das verfallene Kalenderjahr 1. April bis 30. Sept. 1923 mindestens das Doppelte der vorjährl. Steuerbeträge an die Stadtpflege zu entrichten. Da diese Beträge durch die Geldentwertung bereits überholt sind, wird empfohlen, wesentlich größere Anzahlungen zu machen.
 2. die Einwohnersteuer beträgt 1,5 Millionen Mark und ist zur Bezahlung längst verfallen.
 3. An Hundesteuern sind für den Rest des Steuerjahres unter Berücksichtigung der Zahlung im April ds. Jrs. noch zu bezahlen für den 1. Hund 5 Millionen Mark, für den 2. und jeden weiteren 10 Millionen Mark. Steuerpflichtige, die ihren Hund ohne spätere Verschickung binnen 4 Wochen veräußern oder beseitigen, sind von der Erhöhung ausgenommen.
 4. Die Fremdenwohnsteuer beträgt ab 1. 10. 23 30% des Mietentgelts.
 5. Zur Grunderwerbsteuer einen Zuschlag von 3% ab 1. Okt. 1923 zu erheben.
- Die rückständ. Steuern wollen alsbald entrichtet werden, da sonst erhebliche Verzugszinsen angesetzt sind.

Den 30. Sept. 1923.

Stadtschultheißenamt: Maier.

Verkaufe Dienstag Vormittag 2 Uhr schöne

Oberländer Milch-

und 3 Paar

Läufer-Schweine.

Schweinehändler Eiseler, Gündringen.

Calw, 28. Sept. 1923
Wir melden hoch-
erfreut die Ankunft
unsrer Tochter
Malga Elzabeth.

Anton Schiek
u. Frau Nanette
geb. Kammerer.

Nagold. 736
Löwenlichtspiele.
Montag und Dienstag punkt 8 Uhr
der große historische
Prachtfilm

Mona Vanna
in 6 großen Akten.
Sehr schöne
Naturaufnahme,
400 000 Mitwirkende;
sowie **Edie Polo**
König des Haffes.

Besuchsanzeigen
und -Karten
erhalten Sie rasch
in der Buchdruckerei
G.W. Zaiser, Nagold.

**Verkaufe am Mittwoch vormittag
10 u. 12
Oberländer
Schweine.**



741 **Chr. Kienle, Nagold.**

BREMEN
AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN



Regelmäßiger Personen-
und Frachtkonver mit
eigenen Dampfern. An-
nahmestützige Unter-
bringung und Verpflegung
für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-
Versicherung

Höhere Auskunft durch
NORDDOITSCHE
LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Nagold, Hauptstr. 15.

In Stuttgart: Generalvertre-
tung: Passagier - Bureau
Königsplatz, Königsstr. 15.

**Mädchen-
Gesuch.**

Zur Ausschilfe auf
einige Wochen wird fle-
hentlich, ehrliches Mädchen
für Küche u. Haushalt
gesucht.

Angebote unt. Nr. 739
an den „Gesellschafter“.

Des Christen Weg
Predigten
für die
Sonn- und Festtage
des Kirchenjahres
von
Chr. Römer
Prälat.
Vorrätig bei
G. W. Zaiser, Nagold.

Ich bin beauftragt, den
Gesellschaftern i. G.m.b.H.
mit sämtlichem Inventar,
Kupferdruckerei u. Waffler-
bad, Häfser, Bett., Herd usw.
sofort bestmögliche zu ver-
kaufen. nimm entgegen bei
Beauftragte Gustav Kienle,
Immoht., Hauptstr. 15, Nagold,
738 Waldohr, Roßreith. 41.

Nützliche Bekanntmachung.

Die Festsetzung des Werts der Sachbezüge für volle Verpflegung, freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung erfolgt gemäß Erlasses des württ. Oberverwaltungsamtes vom 27. 9. 23 mit Wirkung vom 10. Sept. ab wöchentlich auf der Grundlage der Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten.

Als Grundbeträge werden dabei
für männliche Beschäftigte 80
„ weibliche 70
„ männl. u. weibl. Beschäftigte unter 16 Jahren 60
angenommen.

Bei der Berechnung wird in der Weise abgerundet, daß die volle Millionen übersteigende Beträge von weniger als 500 000 A unberücksichtigt bleiben, von 500 000 A aufwärts bis zur nächsten vollen Million als halbe Million gezählt werden.

Nagold, den 29. September 1923.

735 Versicherungsamt: Schneider, St. Antim.

Gehaltzahlung betreffend.

Zahlung für 4. Septemberwoche und auf 1. Oktober ist am 28. September hier abgegangen.
737 Staatsrentamt Hirsau.

Schönbronn.

Die Gemeinde verkauft
Mittwoch den 3. Oktober 1923 nachm. 2 Uhr
aus Abteilung Wäldch

Langholz



3 Festr. II., 13 Festr. III., 6 Festr. IV., 4 Festr. V. Klasse gegen Barzahlung im Submissionsweg nach neuester Forsttaxe. Offerte sind zur genannten Zeit beim Schultheißenamt einzureichen.
738

Gemeinderat.

Der Schwäbische Heimatkalender



für das Jahr 1924
ist erschienen und
vorrätig bei Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Für 18 Pfund Weizen
oder 75 Pfund Kartoffeln
oder 30 Eier
oder 3 Pfund Butter
erhalten Sie den

„Gesellschafter“

das ganze Vierteljahr Oktober-Dezember.

Bei dieser Bezugsart ist jegliche Nachforderung ausgeschlossen.

Passendes Geschenk!

Das Buch der Hausfrau

Eine neuzeitliche Haushaltungskunde
von Klara Ebert.
Mit 30 Abbildungen.

Aus dem Inhalt: Hauswesen, Heim, Ernährung, Kleidung, Wäscherei, Krankenpflege, Geistliche Aufgaben der Frau.

„Eine prächtige Gabe, der man nur wünschen kann, daß sie recht bald in den Bestand jeder Familie überginge.“
Vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

